

# Ein guter Platz



**Moritz Döbler**  
über die Mahnmal-Debatte

Schon wieder bestimmt ein neuer Standort für das geplante Mahnmal die Diskussion. Jetzt soll es an der Bremer Schlachte auf der Höhe der Teerhofbrücke entstehen. Die Nerven in Politik und Wirtschaft lagen zwischenzeitlich blank. Einigkeit herrschte zwar, dass ein Mahnmal entstehen soll, um an die systematische Enteignung von Juden während der NS-Zeit zu erinnern – und vor allem an die unrühmliche Rolle, die Spediteure dabei spielten.

Aber wohin damit? Die Initiatoren wollten es unbedingt bei Kühne + Nagel angesiedelt sehen. Unterstützung hatten sie von der Grünen bekommen, die dafür sogar einen Streit mit dem Koalitionspartner SPD riskierten. Denn dort hatte man sich mit Kühne + Nagel und anderen Vertretern der Wirtschaft abgestimmt und einige dezentrale Kompromissvarianten gefunden.

Glücklich war aber niemand mit dem Stand der Debatte. Das ändert sich jetzt hoffentlich. Die Teerhofbrücke ist ideal: im Herzen der Handelsstadt Bremen, unweit von Kühne + Nagel und vor allem an einem Ort, an dem viele Menschen flanieren und das Mahnmal wahrnehmen. Die Schlachte wird damit nicht ihren Charakter ändern. **Bericht Seite 1**  
moritz.doebler@weser-kurier.de

Oh, ein Brief von Theresa May!



Klaus Stuttmann

# An einen Tisch



**Maren Beneke**  
über die Hafengebiete

Die nächste Zündstufe im Streit um die Zukunft des südlichen Europahafens ist erreicht: Nun schaltet sich auch noch die Hafengewerkschaft ein, die sich vom Vorstoß des Bausenators vor den Kopf gestoßen fühlt. Allein: Womit hat der Senator das Wirtschaftsressort und die Hafengebiete überhaupt vor den Kopf gestoßen?

Dass zügig mit den Planungen für das Kellogg-Gelände begonnen werden muss, ist zweifelsfrei richtig. Denn wenn es um den Verkauf geht, sollte die Stadt vorbereitet sein. Dabei ist es egal, bei welchem Ressort am Ende die Federführung liegt. Wichtig ist, dass alle betroffenen Parteien eingebunden werden. Das sind neben den beiden Senatoren der Beirat und natürlich auch die Hafengewerkschaft.

Insofern ist es gut, wenn die Firmen frühzeitig den Finger heben, um zu zeigen: Wir gehören mit an den Tisch. Denn was passieren kann, wenn es zu einem Konfrontationskurs kommt, zeigt das vergangene Jahr: Da musste letztendlich das Oberverwaltungsgericht entscheiden, dass ein Bürohaus nicht in der Nähe von Hafengebieten gebaut werden darf. Ähnlicher Ärger könnte im Europahafen drohen, sollten nicht alle Beteiligten eingebunden werden. **Bericht Seite 15**  
maren.beneke@weser-kurier.de

# Griechischer Aufschwung ist nur herbeigeredet



**Ferry Batzoglu**  
über eine Staatskrise

Der Schock saß tief: Als Athens Statistik-Amt (Elstat) kürzlich die Entwicklung des griechischen Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2016 mitteilte, gab es vor allem in der Athener Regierung unter Premier Alexis Tsipras lange Gesichter. Ausgerechnet Tsipras hatte nur wenige Stunden zuvor auf einer vom Staatsfernsehen live übertragenen Kabinettsitzung vollmundig davon geredet, was die Vorgängerregierungen nachweislich nie geschafft, aber nun endlich unter seiner Ägide angeblich eingetreten sei: der ersehnte Aufschwung.

Prompt widerlegten die Elstat-Statistiker diese steile These – mit unstrittigen Daten. Peinlicher hätte es für Tsipras nicht laufen können. Um 1,1 Prozent fiel das griechische Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Damit ist Griechenland das einzige EU-Land, das in der Rezession steckt. Dabei war noch im dritten Quartal die griechische Wirtschaftsleistung um zwei Prozent gestiegen – der florierenden Tourismus-Branche in Hellas sei Dank. Weil aber auch die ersten beiden Quartale im Minus abschlossen, wird das griechische Bruttoinlandsprodukt 2016 um 0,05 Prozent schrumpfen.

Tsipras hatte zuletzt hingegen mit einem leichten Wachstum von 0,3 Prozent für 2016 gerechnet. Das Problem liegt aber tiefer, als es die scheinbar läppische Differenz von 0,35 Prozent vermuten lässt. Denn: Griechenland, das sich im Frühjahr 2010 in

den faktischen Staatsbankrott manövrierte und seither am Tropf seiner öffentlichen Geldgeber EU, EZB und IWF und am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) hängt, sollte endlich wieder ein Wirtschaftswachstum generieren. Konkret soll zu Füßen der Akropolis ein Plus von 2,7 Prozent in diesem Jahr und 3,1 Prozent im Jahr 2018 erreicht werden. Alles nur Wunschdenken der Politiker?

Unterdessen verdichten sich in Athen die Anzeichen, wonach auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres in puncto Wirtschaftsleistung immer noch kein Licht am Ende des Tunnels zu erkennen ist. Griechenland kommt nicht

**Aber auch wer Arbeit hat, kommt kaum über die Runden.**

auf die Beine: Die Investitionen brachen seit Beginn der Krise im Herbst 2008 um fulminante 65,1 Prozent ein – auf nur noch 20,12 Milliarden Euro im Jahr 2016. Sie fielen damit unter das Niveau von 1996, fünf Jahre vor dem Euro-Beitritt Griechenlands.

Und Besserung ist nicht in Sicht. Der Index für das ökonomische Klima des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo sank im Februar auf 92,9 Punkte. Ferner fiel der Index für das Vertrauen der Konsumenten auf den zweittiefsten Wert seit dreieinhalb Jahren. Obendrein betrug der Index für das Verarbeitungsgewerbe im Februar 47,7 Punkte. Fällt er unter 50 Punkte, deutet dies auf eine Rezession hin.

Auch sonst bleibt die Stimmung in Griechenland schlecht: Laut Ifo-Studie

erwarten 76 Prozent der privaten Haushalte, dass sich die wirtschaftliche Lage in den kommenden zwölf Monaten verschlechtern werde. Nur zwei Prozent rechnen mit einer Verbesserung. Ein weiteres Warnsignal: Die Griechen ziehen wieder Geld von den Banken ab. Seit Jahresbeginn sind die Spar- und Termineinlagen um drei Milliarden Euro auf nur noch 118 Milliarden Euro gesunken, so Experten. Zugleich stieg das Volumen der faulen Bankkredite auf sagenhafte 110 Milliarden Euro.

Ferner verharrt die Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau. Im Dezember betrug die Arbeitslosenrate 23,1 Prozent. Kein Wunder: Denn im Jahr 2016 nahmen in ganz Griechenland lediglich 28.000 Unternehmen ihren Betrieb auf. Rund 35.000 Firmen schlossen.

Aber auch wer Arbeit hat, kommt kaum über die Runden. Die Löhne und Gehälter sind seit Ausbruch der Griechenland-Krise um 30 Prozent gefallen. 2016 verdiente ein Vollzeitbeschäftigter im Durchschnitt 1176 Euro brutto im Monat. Schlimmer noch: Rund 600.000 griechische Arbeitnehmer, die in Teilzeit beschäftigt sind, verdienen im Schnitt lediglich 394 Euro monatlich – brutto wohlgermerkt.

Da passt es ins Bild, dass die privaten Haushalte im vergangenen Jahr rund ein Viertel weniger Geld ausgaben als vor der Krise. Infolge der geringeren Nachfrage sinkt die Produktion. Und so schreibt Griechenland Geschichte – diesmal aber eine sehr traurige: Das Bruttoinlandsprodukt brach von rund 241 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf rund 176 Milliarden in 2016 ein. Dies entspricht einem Rückgang von etwa 27 Prozent. Es ist die längste und tiefste Rezession, die je ein EU-Land in Friedenszeiten heimsuchte.

politik@weser-kurier.de

## Frankfurter Rundschau

über türkische Bespitzelungen: „Angebliche Gülen-Anhänger in Deutschland auszuspielen und zu hoffen, dass die deutschen Behörden zu Handlangern werden, ist inakzeptabel. Für die schwer belasteten deutsch-türkischen Beziehungen ist das neues Gift, zumal auch Imame des muslimischen Dachverbandes Ditib verdächtigt werden, Erdogan-Kritiker zu bespitzeln und zu denunzieren. Der Vorgang belegt, wie tief der Graben zwischen beiden Ländern ist.“

## Trierischer Volksfreund

über die Ehe für alle: „In Zeiten schwindender Toleranz ein entgegengesetztes Zeichen zu setzen, ist grundsätzlich nicht verkehrt. Gleichwohl muss die Frage erlaubt sein, wie ehrlich es die SPD mit ihrem Projekt ‚Ehe für alle‘ tatsächlich meint. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Genossen Schwule und Lesben lediglich wieder als Wählergruppe entdeckt haben. Eine vollständige Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften hätte die SPD längst umsetzen können; schon 2015 beschloss die Mehrheit des Bundesrates einen entsprechenden Gesetzentwurf.“

## Braunschweiger Zeitung

über DVBT-2: „Der neue Digitale Übertragungsstandard für Antennenfernsehen kommt. DVBT-2 wird vielen Zuschauern erst einmal einen schwarzen Bildschirm beschreiben. Einen echten Mehrwert gibt es dafür nicht, die Sender halten nur den Anschluss an die Übertragungsqualität, die anderswo längst selbstverständlich ist – und zwar weitgehend werbefrei. Ob wirklich viele Menschen bereit sind, für Wiederholungen, ständig neue, seichte Showideen und ständige Werbeunterbrechungen auch noch zu zahlen? Zweifel sind angebracht.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

**WESER KURIER**  
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN  
**Bremer Nachrichten**  
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE  
**Verdener Nachrichten**  
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG  
Martinststraße 43, 28195 Bremen  
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig  
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner  
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner  
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg - Wirtschaft: Philipp Jaklin - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Jörg Niemeyer (komm.)  
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralredaktion: Markus Peters  
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor: Franz Berding - Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)  
Büro Hannover: Peter Miodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: David Koopmann, Tanja Bittner, Markus Dürken  
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.  
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service: Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020  
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr): Telefon: 0800/3671222\*  
\*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion: Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000  
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 0421/36716655  
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)  
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)  
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de anzeigen@bremer-nachrichten.de

## Marcus Obrecht über Frankreich

Seit der Jahrtausendwende haben in Frankreich Niedergangsszenarien Hochkonjunktur. Der „Declinismus“ ist allerdings keine Erfindung missmutiger Autoren. Tatsächlich befindet sich das Land in einer wirtschaftlichen, politischen und moralischen Krise. Zum ersten Mal seit Charles de Gaulles Verfassungsentwurf (1958) scheinen die institutionellen Schutzmechanismen die Stabilität und Regierbarkeit des Landes nach der Wahl nicht mehr zu garantieren. Allenthalben wird ein Autoritätsverlust der politischen Eliten beobachtet, die Reformunfähigkeit beklagt. Das Land gilt vielen Beobachtern als tief gespalten: Terroranschläge

verunsichern die Bürger, der republikanische Pakt und eines seiner Kernstücke, der Laizismus, scheinen ihre Kraft verloren zu haben. Hinzu kommt eine seltsame Mischung aus Modernem und Vergangenen: die bäuerliche Landwirtschaft neben der Hochtechnologie, ein mächtiger Öffentlicher Dienst neben einem technikbegeisterten Jungunternehmertum.

Die Präsidentschaftswahlen scheinen wie in einem Vexierglas sämtliche Schwierigkeiten von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammenzuführen: Die Linke erscheint nach fünf Jahren Hollandismus gelähmt; das bürgerliche Lager erschüttert der Verdacht gegen den Spitzenkandidaten Francois Fillon, wonach er sich im Rahmen einer fiktiven Beschäftigung seiner Ehefrau mit öffentlichen Mitteln bereichert habe. Noch vor wenigen Wochen sah die Rechte als klare Gewinnerin aus, nun muss Fillon um die

Gefolgschaft im eigenen Lager und den Einzug in die Stichwahl fürchten.

Von dieser Gemengelage profitiert der in den letzten zehn Jahren immer stärker gewordene Front National. Die Spitzenkandidatin, Marine Le Pen, arbeitet erfolgreich an einer „Dediabolisierung“ der extremen Rechten. Sie kündigt radikale Schritte an: Referenden sollen über den Austritt aus dem Euro und der Europäischen Union entscheiden. Schwierigkeiten mit der Justiz hat gleichwohl auch sie, aber hier perlt der Verdacht auf Veruntreuung (europäischer Gelder) an einem undurchdringlich scheinenden Panzer aus Europafeindlichkeit und Elitenkritik ab. Mit Emmanuel Macron hat zudem erstmals ein Kandidat außerhalb des traditionellen Rechtslinks-Spektrums die Chance auf das höchste Staatsamt. Rätselhaft bleibt jedoch, wie der Sozialliberale die notwendige parlamentarische

Mehrheit ohne eigenen Parteiapparat bei den anschließenden Parlamentswahlen erringen kann. Die auseinanderstrebenden Kräfte in den großen Parteienfamilien der Sozialisten und der Republikaner lassen jetzt schon eine Neuordnung des Parteiensystems erahnen. Doch wie soll aus der neuen Konfiguration Stabilität und Regierbarkeit erwachsen?



**Unser Gastautor**  
studierte Politikwissenschaft und Germanistik in Freiburg, Paris und Bordeaux; promovierte über einen Vergleich der Parlamente in Frankreich und Deutschland und ist Akademischer Rat an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.